

Öffentliche Sitzung

Protokoll Nr.:	3/2016
Sitzung:	Gemeinderat
Datum:	22. März 2016
Zeit:	19:05 Uhr – 21:00 Uhr
Ort:	Sitzungssaal im Rathaus
Vorsitz:	Bürgermeister Althoff
Mitglieder anwesend:	<u>CDU</u> Stadträtinnen Harant, Oppelt, von Reumont, Stadtrat K. Rupp, <u>SPD</u> Stadträtin Betke-Hermann, Stadträte Berroth, Keller und Schimpf <u>FW</u> Stadträtin Stephanie Streib, Stadträte Fritsch, Holschuh, Rehberger, KH Streib, Volk und Wachert <u>Grüne</u> Stadträtinnen Endler, Groesser und Seidelmann, Stadträte Katzenstein und Schwenk
weiter anwesend:	Ortsvorsteher Hoffmann (Dilsberg); Frau Henkel und Frau Holzer (Amt 10); Herren Seiz, Hauser, Dr. Scheffczyk (Amt 65); Herr Architekt Martin Oszter (o2r Architekturbüro, Sinsheim) und Herr Rukiqi (beide zu TOP3)
Mitglieder entschuldigt:	Stadträte Bergsträsser, Ch. Rupp und Schubert Stadträtin Kaltschmidt
Urkundspersonen:	Stadträte Schimpf und KH Streib
Sachvortrag:	Herr Oszter (zu TOP 3), Frau Holzer (zu TOP 4)
Schriftführerin:	Frau Polte

FRAGESTUNDE

Zur Bürgerfragestunde sind zahlreiche Bürgerinnen und Bürger erschienen.

Vor Beginn der Fragezeit wird auf Anregung von Bürgermeister Althoff eine **Schweige-minute** zum Gedenken an die Opfer und Angehörigen des heutigen IS-Terroranschlags in Brüssel eingelegt.

Bürgermeister Althoff gratuliert anschließend Stadtrat Katzenstein, der sogar das Direktmandat des Wahlkreises gewonnen habe, und dem Bammentaler Gemeinderat Dr. Schütte zu ihren in der Landtagswahl am 13.03. errungenen Mandaten.

In der Bürgerfragestunde fragt eine Bürgerin aus der Merianstraße nach dem Sachstand des Gutachtens bez. Naturbecken im Schwimmbad. Sei es angedacht, trotz des noch nicht vorhandenen Gutachtens mit Baumaßnahmen zur Sanierung zu beginnen, möglicherweise sogar noch vor oder während dieser Badesaison? Der Bürgermeister antwortet, dass seinen Informationen zufolge das Gutachten noch vor Monatsende vorgelegt werden solle. Die Verwaltung habe sich mit verschiedenen Fachfirmen getroffen und Gespräche bezüglich der Sanierung geführt. Nachdem der Gutachter seine Ortsbesichtigung im Bad abgeschlossen habe, könne man theoretisch mit Sanierungsmaßnahmen anfangen. Inzwischen habe sich herausgestellt, dass die Sanierungsarbeiten voraussichtlich nicht nur auf das Becken selbst, sondern auch den Regenerationsbereich und die Technik bezogen werden müssten. Im nichtöffentlichen Teil der heutigen Sitzung werde sich eine Fachfirma mit ihren Lösungsvorschlägen präsentieren. Es sei mit hohen Kosten im mind. 6-stelligen Bereich zu rechnen. Ferner müssten gewisse Verfahren im Baurecht eingehalten werden, so dass keine Sanierung auf die Schnelle möglich sein werde. Nach heutigem Sachstand sei es denkbar, in den nächsten Wochen einen entsprechenden Auftrag zu erteilen, nach der diesjährigen Saison anzufangen, sofern die entsprechenden Genehmigungen vorliegen, so dass möglicherweise 2017 ein sanierter Naturbadebereich vorliegen könne. Die Bürgerin wünscht sich für die nächste Zeit bessere Informationen darüber, wie die Sanierung voranschreite und welche Maßnahmen umgesetzt werden. Der Bürgermeister sagt dies zu, allerdings mit der Maßgabe, dass die öffentlich gemachten Informationen nicht den laufenden Gerichtsprozess beeinträchtigen dürfen.

Der Vorsitzende des Schwimmbad-Fördervereins thematisiert in seinen Fragen ebenfalls das Schwimmbad: Der Förderverein habe vorgehabt, auf Wunsch zahlreicher älterer Mitbürger ein Gelände beim Einstieg ins Naturbecken zu sponsern. Nun habe er gehört, dies würde aus technischen Gründen nicht funktionieren. Der Bürgermeister sagt Prüfung zu.

Weiterhin moniert der Vorsitzende, der Schwimmbad-Förderverein bekomme keine Informationen über die Dach- und Umkleidensanierung und dürfe die Pläne nicht einsehen. Der Bürgermeister entgegnet, die Pläne seien bereits in der letzten Gemeinderatssitzung öffentlich behandelt worden, sie seien problemlos einsehbar. Die heutige Behandlung des Themas in der nichtöffentlichen Sitzung sei der Zeitnot geschuldet; Frau Orlandi habe ihre Berechnungen zu den Einsparvorschlägen nicht so frühzeitig abschließen können, dass man den TOP noch auf die öffentliche Tagesordnung habe nehmen können, auch solle der Gemeinderat sich möglichst rasch mit den Einsparvorschlägen beschäftigen können. Eine Entscheidung werde selbstverständlich in öffentlicher Sitzung getroffen.

Der Vorsitzende hat gehört, auf eine Solaranlage auf dem Schwimmbaddach solle wegen zu wenig Rentabilität verzichtet werden. Er bezweifelt, dass sich eine Solaranlage nicht lohnt. Zumindest sollte das Dach auf die Aufnahme einer Solaranlage vorbereitet werden, so dass man sie ggf. auch noch später aufbringen könne. Der Bürgermeister bestätigt die Überlegungen einiger Gemeinderäte, aus Kostengründen, nicht aus Gründen der Rentabilität, auf eine Solaranlage zu verzichten.

Ein Mitglied der Handballabteilung des TV 1876 berichtet von einem Handballspiel der C-Jugend-Mädchen am 27.02., das infolge einer Beleidigung seiner Frau durch einen Vater der anderen Mannschaft zu einer Handgreiflichkeit geführt habe, bei der er verletzt worden sei. Er habe diesbezüglich an den Bürgermeister und dem Gemeinderat geschrieben, aber noch keine Antwort erhalten. Was gedenke die Stadt zu tun? Der Bürgermeister antwortet, dass der Fall weder in der Zuständigkeit des Gemeinderates noch des Bürgermeisters liege, sondern allein ein Thema für die Handballvereine sei, die das Hausrecht während der Spiele ausüben. Die Stadt werde den Brief des Bürgers an die Vorstandschaft des Vereins weiterleiten.

Eine Initiative Kleingemünder Mütter spricht den für den 12. April, 12.00 Uhr, anberaumten Gesprächstermin (anlässlich der Verkehrstagfahrt) bezüglich der Schulbus-Halte im Schulhof der Grundschule Neckargemünd an. Ihr und den drei anderen Müttern, die zur Sitzung gekommen sind, sei es wichtig mitzuteilen, dass es – auch wenn das Thema schon jahrzehntelang immer wieder angesprochen werde – inzwischen neue Aspekte gebe. Die Zusammensetzung der Schüler habe sich geändert (nur noch „Kleine“, keine Hauptschüler mehr), auch sei die Schülerzahl insgesamt viel höher als früher. Es solle überlegt werden, eventuell auch bei der Neuvergabe des Linienbündels eine andere Taktung zu finden, so dass die Busse nicht in den Schulhof einfahren müssen. Andere Alternative: den Bussen auf dem Gelände vor dem Feuerwehrhaus eine größere Fläche zum Wenden zu geben, da die neuen Feuerwehrfahrzeuge nicht mehr vorne, sondern seitlich durch die Schützenhausstraße ausfahren. Vielleicht sei auch im Zusammenhang mit der veränderten Bebauung im Güterbahnhof eine Lösung möglich. Man habe eine schriftliche Umfrage bei den Eltern gemacht. Dabei sei ein Rücklauf von 2/3 erzielt worden, wobei 87 % der abgegebenen Stimmen die Meinung vertraten, man könne auch eine andere Lösung als die Buseinfahrt in das Schulgelände akzeptieren, sofern diese den Kindern einen sicheren Schulweg biete. – Der Bürgermeister antwortet, die Stadt habe bereits im Vorfeld des geplanten Gespräches einige Fragen klären lassen. Diese würden in die Besprechung eingebracht. Die Verwaltung sehe die Besprechung ergebnisoffen, sei vor allem daran interessiert, dass alle an einem Tisch sitzen, nicht nur Verwaltung, Schulleiter und Eltern, sondern auch die Straßenverkehrsbehörde, Straßenbauamt, Polizeirevier usw. Man habe die Hoffnung, bei dem Gespräch eine Lösung zu finden, mit der alle leben können.

1: **Genehmigung des Protokolls Nr. 2/2016 vom 23. Februar 2016**

1.1: **Sachvortrag:**

Das Protokoll liegt den Gemeinderäten im Wortlaut vor.

1.2: **Beratung:**

1.3: **Beschluss:**

Das Protokoll wird genehmigt.

2: **Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Gemeinderatssitzung Nr. 3 vom 23. Februar 2016 gefassten Beschlüsse**

2.1: **Sachvortrag:**

Der Bürgermeister gibt die Beschlüsse der nichtöffentlichen Sitzung entsprechend der Vorlage bekannt. Die Vorlage des Hauptamtes ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

2.2: **Beratung:**

2.3: **Beschluss:**

Die Beschlüsse werden bekanntgegeben.

3: **Bauanträge zum Neubau jeweils eines Mehrfamilienhauses auf den Grundstücken Flst. Nr. 763 und 763/3, Ziegelhütte 16 und 18**

3.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des Stadtbauamtes ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt. Der Bürgermeister nimmt kurz Bezug auf die Historie des Bauprojekts, das in verschiedenen Varianten schon 6 x im Gemeinderat behandelt worden sei. Anschließend erklärt Herr Oszter anhand einer Präsentation, die dem Protokoll ebenfalls als Anlage beigegeben wird, die neuen Planungen. Das Landratsamt habe aus verschiedenen Gründen die eingereichte Planung, die dem im Gemeinderat gefundenen Kompromiss mit 4 Gebäuden entspreche, abgelehnt: Eines der Gebäude liege, im Vergleich mit der Umgebungsbebauung, zu weit von der erschließenden Straße entfernt. Außerdem sei anhand von Einsprüchen (teilw. mit Rechtsanwalt) der Bauantrag genauestens geprüft worden. Dabei sei festgestellt worden, dass eine Genehmigung angreifbar sein würde, denn die Bautiefe und die Traufhöhe stimmen nicht. Eine Zustimmung des Landratsamts würde daher vor dem Regierungspräsidium nicht standhalten. Es sei kein Ablehnungsbescheid ergangen, aber im Gespräch die Aufforderung an den Investor, die Planung zu verändern. So habe man einen Neuanfang mit einem anderen Architekturbüro angestrebt, wobei auf 2 Gebäude reduziert werde, die dann entsprechend jeweils größer sind als in der alten Planung. Man habe eine größere Grünfläche, eine sehr moderne Gestaltung, und eine deutlich reduzierte Gesamtbebauung aus Sicht der Nachbarschaft. Die Gebäude, die entstehen sollten, seien komplett transparent gestaltet, mit vielen Balkonen mit Glasgeländern, die Kubatur filigran aufgelöst. Die Bestandsgebäude in der Umgebung haben z. T. auch die gleiche Baumasse. Ziel der Planung sei es gewesen, dass jeder, der dort wohnt, sowohl die Sonne, als auch den Neckar sieht. Dies sei in der alten Planung nicht gegeben gewesen.

3.2: **Beratung:**

Im Gremium wird von allen Rednern, besonders von den Stadträten Berroth und Schimpf, massiv Unmut über das Verhalten der Baurechtsbehörde im Landratsamt ausgesprochen. Was man in den letzten 2 Jahren vom Landratsamt habe erfahren müssen, sei unerträglich. Teilweise werde das versagte Einvernehmen der Gemeinde vom Landratsamt ersetzt, oder, wie hier, das deutliche Votum des Gemeinderates, der gemeinsam mit den beauftragten Architekten eine Lösung erarbeitet habe, einfach beiseitegeschoben. Man fühle sich vom Landratsamt verschaukelt. Auch die Art und Weise, wie mit dem Bauherrn umgegangen werde, entspreche einer großherzoglichen, herrschaftlichen Art. Es könne nicht angehen, dass Bürger nicht den Schutz der Ämter haben, sondern gezwungen seien, sich ihr Recht bei den Gerichten zu holen.

Stadträtin Endler rügt, dass in der Vorgeschichte des Bauvorhabens von den Architekten und dem Investor immer wieder versichert worden sei dass die Planung mit dem Landratsamt abgestimmt sei – und jetzt komme genau das „Little Manhattan“, das der Gemeinderat nicht gewollt habe. Auch sei zu befürchten, dass durch das Fehlen von Parkplätzen in der Umgebung hoher Parkdruck entstehen werde. Herr Rukiqi antwortet, für ihn sei die Entscheidung des Landratsamts auch überraschend gekommen. Herr Oszter ergänzt, es habe schon 5 Gespräche mit dem Landratsamt gegeben, um zu erfahren, ob die Planung jetzt genehmigungsfähig sei. Auf dem Grundstück ließen sich gewiss noch mehr Parkplätze realisieren, da die Freiflächen jetzt größer seien.

Stadtrat Schimpf ist negativ aufgefallen, dass es bei der neuen Planung 2 Wohnungen mehr gibt, im Gegenzug 7 Stellplätze fehlen. Er sieht die Gefahr, dass es in diesem Bereich zu einer Verdichtung komme, und zu Parkproblemen.

Bevor er dem Bauantrag zustimmen könne, müsse er konkret die Pläne für weitere Parkplätze sehen. Zu oft seien in Sitzungen Dinge versprochen worden, die anschließend nicht realisiert wurden. Er traue daher nur Dingen, die er schriftlich gesehen habe – weder dem Landratsamt noch Investoren. Aufgrund der beengten Verkehrssituation und der hohen Gesamtgrundfläche könne er dem Bauvorhaben nicht zustimmen.

Herr Oszter antwortet, es seien zwar mehr Wohnungen vorgesehen, aber nicht mehr Wohnfläche. Mit der größeren Durchmischung kleinerer und größerer Wohnungen sowie 2 Penthouses spreche man mehr Leute an.

Stadtrat Volk tut Herr Rukiqi Leid; er sei zum Spielball geworden. Man habe größten Respekt vor ihm, der mit so viel Goodwill in die Diskussionen mit dem Gemeinderat gegangen sei. Es werde wohl nicht viel anderes übrig bleiben, als über alle größeren Bauflächen, die noch übrig seien, Bebauungspläne zu legen, damit sich das Gremium die Entscheidungsfreiheit erhalte und entsprechend regelnd eingreifen könne, denn wenn ein Fall nach § 34 LBO behandelt werde, lege das Landratsamt die Rechtsnorm immer anders aus. Hinsichtlich der konkreten Neuplanung kritisiert er, dass die Gebäude deutlich höher sind als in der alten Planung. Dies könne man nicht akzeptieren, vor allem aufgrund der Tatsache, dass die Gebäude eine Art Riegel bilden; auch die Luftbewegungen vom Neckar her seien beeinträchtigt. Die alte Planung habe besser gefallen.

Auch Stadtrat Wachert empfindet die Kubatur als zu massiv und spricht sich für die alte Planung aus.

Stadtrat Katzenstein fragt, ob es möglich sei, einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan aufzustellen, und dann die alte Planung durchzubekommen? Der Bürgermeister bejaht das, allerdings sei die Zeitfrage zu beachten, die ein solches Verfahren benötigt.

Stadtrat Fritsch möchte in der Planzeichnung die Hochwasserlinie gezeigt haben, diese sei entscheidend und daher zu beachten. Es sei ärgerlich, dass man nach 6 Besprechungen im Gemeinderat nun wieder von neuem anfangen müsse.

Nach kurzer Diskussion über einen Antrag von Stadtrat Wachert, die Verantwortlichen des Landratsamtes in eine Gemeinderatssitzung nach Neckargemünd einzuladen, einigt sich das Gremium darauf, mit einer kleinen Delegation, bestehend aus dem Bürgermeister und den Fraktionsvorsitzenden, in den nächsten Tagen zu einem Gespräch mit dem Amtsleiter und Sachbearbeiter ins Landratsamt zu gehen. Dort wolle man sich beraten lassen, welche rechtlichen Vorgaben und Ermessensspielräume es gebe, sowie, wie man planungsrechtlich vorgehen könne. Der Bürgermeister will sich um einen entsprechenden Termin kümmern. Hintergrund dieses Vorschlags ist, dass Herr Rukiqi der Stadt als Antragsteller die Bauantrags-Unterlagen vorab herausgegeben, aber noch nicht unterschrieben habe. Daher laufe die Entscheidungsfrist noch nicht, man müsse daher heute noch keine Entscheidung treffen.

Herr Oszter schlägt vor, dass er selbst und Herr Rukiqi zu dem Termin mitgehen. Der Bürgermeister entgegnet, es sei besser, wenn beide später dazukommen, da es über den vorliegenden Fall hinaus noch mehrere andere Vorgänge gebe, die beim Landratsamt thematisiert werden sollen. Diese Vorgehensweise findet die einhellige Zustimmung des Gremiums.

3.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat spricht sich einvernehmlich dafür aus, dass die Stadtverwaltung um einen raschen Termin beim Landratsamt / Baurechtsbehörde nachsucht, unter Beteiligung des Bürgermeisters, der Fraktionsvorsitzenden sowie des Amtsleiters und Sachbearbeiters der Baurechtsbehörde, um die rechtlichen Rahmenbedingungen für den Bauantrag selbst und ein planungsrechtliches Vorgehen zu ermitteln. Es soll ein geteilter Termin sein, so dass die Herren Oszter und Rukiqi nur bei dem Teil anwesend sind, der ihren Bauantrag betrifft. Nach Klärung dieser Rahmenbedingungen ist der TOP erneut auf die Tagesordnung des Gemeinderates zu setzen.

4: **Information zum Freiwilligentag 2016**

4.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des Hauptamtes / Stadtmarketing ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt. Frau Holzer erläutert die Vorlage anhand einer Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beigelegt wird.

4.2: **Beratung:**

Stadtrat Fritsch äußert sich positiv zum Projekt. Gut, dass die Stadt bei der Aktion mitmache. Hinsichtlich geeigneter Projekte werde es sinnvoll sein, die Fachleute vom Bauhof und der Gärtnerei hinzuzuziehen: diese wissen, an welchen Stellen man am dringendsten anpacken müsste. Er möchte wissen, wer die Neckargemünder Einsätze koordiniere. Frau Holzer antwortet, es sei geplant, die Projekte mit dem Bauhof und der Gärtnerei abzustimmen. Die Vereine sollen ihre Projekte selbst organisieren. Auch gebe es regen Austausch und Hilfestellung über die MRN (Metropolregion Rhein-Neckar).

Stadträtin Groesser möchte wissen, ob Bauhof und Gärtnerei auch selbst Projekte ins Netz stellen. Frau Holzer antwortet, es sei geplant, in Absprache mit Bauhof und Gärtnerei eigene Projekte ins Netz zu stellen. Allerdings erst in zweiter Linie; man wolle zunächst schauen, welche Ideen aus der Bevölkerung kommen, und dann ergänzen.

4.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt die Ausführungen zum Freiwilligentag 2016 zustimmend und mit großem Wohlwollen zur Kenntnis.

5: **Verschiedenes**

5.1: **Schließung der Jugendherberge Dilsberg**

Stadtrat Schimpf fragt nach den denkmalrechtlichen Vorgaben für das Areal der Jugendherberge Dilsberg. Herr Dr. Scheffczyk antwortet, die JHB stehe, mit Ausnahme des Torturms, im Eigentum des Jugendherbergswerks. Seines Wissens (allerdings habe er das auch nur aus der Presse) sei die Jugendherberge ein „Kulturdenkmal besonderer Bedeutung“, zu beurteilen nach § 12 Landesdenkmalchutzgesetz. Demnach müsse auch in der Umgebungsbebauung Rücksicht auf das Gebäude genommen werden; jede Maßnahme am Gebäude werde besonders begutachtet und in ein Denkmalsbuch eingetragen. Seines Wissens bestehe kein Ensembleschutz.

Der Bürgermeister ergänzt, er habe sich mit dem Ortsvorsteher zusammengesprochen, beide gemeinsam hätten sich schriftlich an Herrn Rosner vom Jugendherbergswerk gewandt und um ein gemeinsames Gespräch gebeten, um die Jugendherberge wenn irgend möglich doch noch zu retten.

5.2: **Messergebnisse Altstadt-Tunnel**

Stadtrat Schimpf erkundigt sich nach dem Sachstand. Herr Seiz antwortet, die Ergebnisse liegen noch nicht vor, es müsse nachgehakt werden.

5.3 **Ausschreibung Linienbündel Neckargemünd**

Stadtrat Keller fragt nach Informationen – sei das Linienbündel schon ausgeschrieben? Frau Polte antwortet, ihres Wissens stehe die Ausschreibung kurz bevor. Der VRN habe der Stadt bereits die Ausschreibungs-Fahrpläne zugeleitet; demnach sei der status quo weitestgehend erhalten; die Neckargemünder Wünsche berücksichtigt.

5.4 **Radweg Rainbach**

Stadtrat Volk kritisiert, dass für 1 Million Euro ein Radweg gebaut worden sei, und nun nicht zur Pflicht gemacht werde, diesen auch zu benutzen. Der Bürgermeister solle deswegen beim Landratsamt vorstellig werden. Stadtrat Katzenstein erläutert, es sei rechtlich schwierig, eine Benutzungspflicht einzuführen: gemäß § 45 Abs. 9 der StVO müsse eine besondere Gefahrenlage vorliegen, dies sei hier aber nicht gegeben. Auch brauche keine Pflicht eingeführt zu werden, denn wenn ein Radweg so gut sei wie dieser, werde er auch angenommen.

5.5 **Hundekotverunreinigung in der Altstadt**

Stadträtin Groesser berichtet, in der Altstadt habe die Verunreinigung durch Hundekot massiv zugenommen. Auch der Menzerpark werde zunehmend als Hundetoilette benutzt. Auf dem Weg durch den Park sei nur unten ein Hinweisschild angebracht, dass Hunde nicht in den Park dürften, dies regt sie auch für oben am Weg zum Spielplatz an. Der Bürgermeister antwortet, das Problem bei Regelungen in diesem Bereich sei immer die fehlende Kontrollmöglichkeit. Manchmal sei es am erfolgversprechendsten, die Hundebesitzer direkt anzusprechen. Er sagt zu, die Verwaltung werde auch im oberen Bereich des Weges zum Spielplatz ein Hinweisschild aufstellen.

Stadtrat Wachert regt die Einführung einer Tütenpflicht an.

Stadträtin von Reumont gibt zu bedenken, dass bei Aufstellen von Tüten-Automaten für die Hinterlassenschaften nicht nur die Tüten vom Bauhof immer wieder nachgefüllt werden müssen, sondern auch die Papierkörbe mit den Hinterlassenschaften geleert werden müssen- alles Zusatzarbeiten für den Bauhof. Im gleichen Maß müsse dann die Hundesteuer drastisch erhöht werden.

Stadtrat Berroth verweist auf die positive Entwicklung am Alten Hofweg in Dilsberg: dieser sei in der Vergangenheit ein Problem gewesen, inzwischen passen die Hundebesitzer aufeinander auf, ob alle die Hinterlassenschaften beseitigen.

5.6 Slipanlage

Stadtrat Fritsch berichtet, der Vorsitzende des Landesverbandes habe ihn diesbezüglich angesprochen; er regt an, dass die Stadt mit dem Landesverband in Verbindung tritt. Auch der Wassersportverein würde sich an Maßnahmen beteiligen. Der Bürgermeister erteilt sein Einverständnis, dass Stadtrat Fritsch weiter mit dem Vorsitzenden verhandeln könne.

5.7 Fußweg am Neckar / Kleingemünd

Stadträtin Endler berichtet, der Zustand des Weges sei besser geworden, dennoch gebe es noch rumplige Strecken aufgrund von Wurzeln, Steinen usw., die Menschen mit Gehbehinderung und / oder Rollator Schwierigkeiten machen.

Der Bürgermeister

Die Urkundspersonen
Stadtrat Schimpf

Die Schriftführerin

Stadtrat KH Streib